Wichtige Sachanträge

Auf dem Bundesparteitag stehen unter anderem Sachanträge zu gesellschafts- und programmatischen Fragen zur Beratung. Die folgenden Beispiele geben die eingereichten Anträge wieder; über ihre Annahme ist damit noch nicht entschieden.

Neutralität Deutschlands im Grundgesetz

Ein Antrag aus der AG Frieden Köln und dem Stadtverband Köln sieht vor, die immerwährende Neutralität Deutschlands im Grundgesetz zu verankern. Damit soll die Neutralität nicht nur außenpolitisches Ziel, sondern verbindlicher Verfassungsgrundsatz werden. Nach dem vorgeschlagenen Wortlaut soll Deutschland keinem militärischen Bündnis angehören, sein Militär ausschließlich zur Landesverteidigung einsetzen, kein Kriegsmaterial exportieren, keine fremden Kriegsparteien finanzieren und keine Militärstützpunkte fremder Staaten zulassen. Zugleich soll Deutschland als aktiver Vermittler zur Verhinderung und Lösung internationaler Konflikte beitragen. **Die Antragsteller sehen in der ausdrücklichen Verankerung der immerwährenden Neutralität im Grundgesetz ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber den anderen Parteien.**

Formale Annahme des Bundestagswahlprogramms 2025

Die Mitgliederversammlung soll über die formale Annahme des Bundestagswahlprogramms 2025 abstimmen. Der entsprechende Antrag war bereits für den vorangegangenen Bundesparteitag vorgesehen, wurde dort jedoch aus Zeitgründen nicht behandelt.

Zweckbindung von Steuereinnahmen

Ein Antrag zur Steuerpolitik fordert, jeder Steuerart einen bestimmten Verwendungszweck zuzuordnen. Dazu soll § 3 der Abgabenordnung geändert werden. Der Antrag zielt darauf, dass Einnahmen aus einer Steuer für den ihr zugewiesenen Zweck eingesetzt werden.

Weitere Sachanträge

Ein weiterer Antrag befasst sich mit dem Recht von Kindern auf körperliche Selbstbestimmung. Gefordert wird ein Verbot medizinisch nicht notwendiger Beschneidungen von Jungen unter 18 Jahren. Ein anderer Antrag sieht die vollständige Entkriminalisierung der Sexarbeit vor. Dazu gehören die Abschaffung des Prostituiertenschutzgesetzes und die Aufhebung von Sperrgebietsverordnungen.

Hinweis: Die Zusammenfassungen beschreiben Antragsinhalte, keine bereits gefassten Beschlüsse.

Basisdemokratische Partei Deutschland
Zillestraße 9, 10585 Berlin
post@diebasis-partei.de

Vorsitzende:
Sylvio Schmeller
Sven-Jarno Bien

Bankverbindung:
Volksbank Hohenzollern-Balingen eG
BIC: GENODES1VHZ
IBAN: DE09 6416 3225 0434 1370 06